S T A D T R A T P E G N I T Z

– Sitzungsprotokoll 2023 –

Der Stadtrat besteht aus dem ersten Bürgermeister und 24 Stadtratsmitgliedern

Ladung erfolgte ordnungsgemäß nach der Geschäftsordnung für den Stadtrat

---

03. Sitzung – 22. März

Anwesend

Erster Bürgermeister	**Nierhoff,** Wolfgang
Zweite Bürgermeisterin	**Huber,** Dr. Sandra
Stadträtin	**Bauer,** Susanne
Stadträtin	**Birnmeyer,** Simone
Stadtrat	**Dettenhöfer,** Helmut
Stadtrat	**Dippe,** Dr. Rainer (bis 20:30 Uhr)
Stadtrat	**Förster,** Michael (ab 17:06 Uhr)
Stadtrat	**Hümmer,** Hans (bis 20:50 Uhr)
Stadtrat	**Kotzbauer,** Peter (bis 20:10 Uhr)
Stadtrat	**Kurz**, Walter
Stadtrat	**Lappat,** Werner
Stadtrat	**Lindner-Fiedler,** Heike
Stadträtin	**Looshorn**, Elvira
Stadtrat	**Lothes,** Karl
Stadtrat	**Moik**, Alexander
Stadtrat	**Schorner,** Jürgen (bis 20:30 Uhr)
Stadträtin	**Schrembs,** Regina
Stadtrat	**Spieler**, Claus (bis 20:50 Uhr)
Stadtrat	**Vetterl,** Manfred
Stadtrat	**Vogel,** Werner
Stadträtin	**Wellhöfer,** Christina (bis 20:50 Uhr)
Stadtrat	**Winkelmaier,** Oliver (bis 20:50 Uhr)

Ortssprecher	**Schieder**, Philipp

Geschäftsleitung	Körber, Daniela (Protokollführerin)
Abteilungsleitung 2	Beck, Stefanie
Abteilungsleitung 3	Kohl, Manfred

Häusler & Bolay	Bolay, Ralph (öffentlicher Teil)
EVP	Rein, Steffen (nichtöffentlicher Teil NÖ6)
EVP	Stiefler, Markus (nichtöffentlicher Teil NÖ6)

Presse	Engelbrecht, Frauke (öffentlicher Teil)

4 Zuhörer und Zuhörerinnen

Entschuldigt

Dritter Bürgermeister	**Schmidt**, Thomas
Stadträtin	**Luppa,** Daniela
Stadtrat	**Rasch,** Daniel

Unentschuldigt

. / .

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

Erster Bürgermeister Nierhoff begrüßt das Gremium und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Protokolle vom 17.11.2022, 14.12.2022, 11.01.2023

Bürgermeister Nierhoff teilt mit, dass gegen die Protokolle innerhalb der 7-Tagesfrist keine Einwände erhoben wurden und sie damit gem. § 26 Abs. 2 GeschO in der vorgelegten Fassung genehmigt sind.

Bauantrag;
09/2023 – Antrag auf Vorbescheid: Umnutzung ehem. Milchviehstall in Recycling- u. Lagerhalle für Altfahrzeuge - Fl. Nr. 27/1, Gemarkung Zips (Zips)

AbtL. Kohl trägt den Sachverhalt vor und stellt den Lageplan dar. Das Vorhaben befindet sich in einem Mischgebiet laut Flächennutzungsplan. Bauplanungsrechtlich handelt es sich um eine Nutzungsänderung. Es werden als Auflagen eine detaillierte Betriebsbeschreibung und die Einhaltung von Immissionsgrenzen gefordert. Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 20

Anwesend:	**22**	**Abstimmung:**	**Ja**	**22**
			Nein	0

Das gemeindliche Einvernehmen wird hergestellt.

Folgende Auflagen sind zu beachten:

- Für die Abwasserbeseitigung gelten die technischen Baubestimmungen DIN 1986 (Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke inkl. der erforderlichen Rückstausicherungsmaßnahmen) sowie die Entwässerungssatzung der Stadt Pegnitz in der aktuellen Fassung.
- Die öffentlichen Straßen und Einrichtungen, Gehwege und Pflasterflächen sind vom Bauherrn und/oder den bauausführenden Firmen vor Beschädigung jeglicher Art zu schützen. Insbesondere beim Über- und Befahren der Gehwege mit Baumaschinen und LKW sind Schutzvorkehrungen in Form von lastverteilenden Belägen zu treffen. Für die Verkehrssicherheit der öffentlichen Verkehrsflächen inkl. der Schutzmaßnahmen ist der Bauherr verantwortlich. Schäden, die an den genannten öffentlichen Flächen durch Nichterfüllung der Schutzvorkehrungen verursacht werden, sind auf Kosten des Bauherrn zu beseitigen.

Sonstige Auflagen:
- Sollten häusliche Abwasser anfallen, darf dies nicht in die Güllegrube eingeleitet werden, sondern muss über die Grundstücksentwässerungsanlage in den öffentlichen Mischwasserkanal abgeführt werden.
- Bei dem vorzulegenden Bauantrag ist mit einer detaillierten Betriebsbeschreibung und den Planunterlagen nachzuweisen, dass immissionsschutzrechtliche Vorschriften (u.a. Lärm, Boden, Gewässer) eingehalten werden.

Eigenbetrieb Abwasserwerk;
Jahresabschluss 2021 – Bilanz zum 31.12.2021 mit Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und ergänzt, dass ja schon Diskussionen im Werkausschuss gab. Er weist darauf hin, dass man bereits 2020 die Beträge erhöht hat und dass der Zeitraum, in dem zu wenig gezahlt wurde bereits 2004 beginnt. Nach § 7 EBV hätte man die Beiträge zahlen müssen. Weshalb dies nicht geschehen ist, kann nur vermutet werden. Der BKPV war die letzten drei Monate vor Ort und man hat mit dem Prüfer dieses Thema auch eingehend erörtert. StR Hümmer hatte auch die Möglichkeit, mit dem Prüfer zu sprechen, der keine rechtlichen Probleme sieht und dieser Sicht schließt sich auch die Verwaltung an. Im Anschluss bittet er um Wortmeldungen.

StR Hümmer führt seine Aufarbeitung des Sachverhalts aus und erklärt, dass das Problem des jährlichen Verlustes von ihm bemerkt wurde. Der BKPV hat weiter seit Jahren Straßenentwässerungsgebühren aufgeführt und Herr Söllner vom BKPV hat im persönlichen Gespräch gesagt, dass eine Eigenbetriebsgründung nicht nötig gewesen wäre. Bei Betriebsgründung wurden aber 75% des Darlehensbestandes durch den BKPV in den Eigenbetrieb überführt. Der BKPV hätte die Diskrepanz merken müssen, da man die Bilanzen erstellt hat, Prüfungen vorgenommen hat und Gebühren kalkulierte. Er rechnet weiter vor, dass ab 2025 8,7 Mio. für Härtefall 2 fehlen. Damit fällt eine gesamte Region aus der Förderung. Weiter hinterfragt er, weshalb die Straßenentwässerungsbeiträge im Vermögenshaushalt gebucht werden.

StR Förster merkt an, dass wenn man sich den Wirtschaftsplan 2021 und 2022 genauer angeschaut hätte, dort ein Minusbetrag stand. Alle haben etwas großzügig darüber hinweggeschaut und man war es offensichtlich schon gewohnt.

StR Spieler fordert, dass die 3 Mio. ausgeglichen werden. GLin Körber erklärt, dass man das nicht tun wird.

StR Hümmer erklärt, dass die Begründung des BKPV schwach ist, wenn man sagt, dass das Abwasserwerk nie Pleite gehen kann. Wenn dies die Auffassung des BKPV ist, dann fragt er sich, weshalb die Stadt zugtausende EURO für Prüfungen gezahlt hat. Er ist der Ansicht, dass man den Sacverhalt nach dem Haushalt aufarbeiten muss.

StR Spieler meint, dass wenn hier Verschleierung und Vertuschung die Maßgabe sind, dann ist dies falsch. Bürgermeister Nierhoff entgegnet, dass man weit davon entfernt ist, hier etwas zu vertuschen. Er legt Wert darauf, dass hier Transparenz an den Tag gelegt wird. StR Spieler ergänzt, dass seine Aussage an die vergangene Amtsperiode gerichtet war. StR Winkelmaier entgegnet, dass dies schon früher begann.

Bürgermeister Nierhoff erklärt noch, dass man sich der Förderthematik bewusst ist und man die nötigen Schritte einleiten wird. Auch wird geprüft, ob man künftig ein zweites Ingenieurbüro einschaltet.

StR Lothes stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte, über den Bürgermeister Nierhoff sofort abstimmen lässt.:

Beschluss Nr. 21

Anwesend:	**22**	**Abstimmung:**	**Ja**	**13**
			Nein	9

Die Debatte zum Tagesordnungspunkt wird beendet.

Nachdem nun keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen können, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung mit der Ergänzung, dass die Bilanz des Abwasserwerkes 2021 entsprechend zu ergänzen ist:

Beschluss Nr. 22

Anwesend:	**22**	**Abstimmung:**	**Ja**	**22**
			Nein	0

Der Jahresabschluss 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Bilanzsumme zum 31.12.2021

Aktiva und Passiva je	34.565.916,28 €
Jahresverlust 2021	-484.475,39 €
Abschreibungen 2021	1.463.368,76 €

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband wird mit der Durchführung der handelsrechtlichen Abschlussprüfung 2021 beauftragt.
Die Straßenentwässerungsbeiträge 2021 sind zu berechnen und nachträglich durch die Stadt auszugleichen. Die Bilanz 2021 ist entsprechend zu ergänzen.

EU-Innenstadt-Förderinitiative (React-EU); Corporate Design für die Stadt Pegnitz – Vorstellung und Beschluss

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und begrüßt Herrn Bolay. Dieser trägt im Anschluss die Überlegungen zum CD und einem möglichen neuen Logo anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Im Anschluss bittet Bürgermeister Nierhoff um Wortmeldungen.

StRin Birnmeyer fragt nach, ob der Claim in Stein gemeißelt ist. Sie stört sich daran, dass das Wort „Genuss“ an erster Stelle steht. Besser wäre „Leben, Vielfalt, Genuss“.

StRin Schrembs fragt nach, ob heute schon über das Logo abgestimmt wird. Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass man zumindest die Schrift und die Farbgebung für das CD festlegen sollte. StRin Schrembs merkt an, dass ihr die gelbe Farbe nicht gefällt. Rot ist peppiger und sollte beibehalten werden.

StR Vetterl möchte wissen, weshalb das alte Logo nicht onlinefähig ist. Herr Bolay erklärt, dass in sozialen Medien und auf Smartphones die Kontur verloren geht. StR Vetterl ergänzt, dass Variante 2 für ihn ein No-Go ist und Variante 3 ist eine Verstellung des Rathauses, da kein Fachwerk zu sehen ist. Herr Bolay erklärt, dass dies eine stark reduzierte Variante ist.

StRin Bauer findet den Begriff „Vielfalt“ gut. Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass man „Vielfalt“ statt „Kultur“ genommen hat. Heute soll aber diesbezüglich keine endgültige Entscheidung fallen. Farbe und Schrift sind wichtig.

StR Schorner findet die kräftige Schrift besser und Zweite Bürgermeisterin Huber bricht eine Lanze für den modernen Schriftzug. StR Winkelmaier möchte hierzu wissen, ob dies dann die Hauptschrift auf der Website wird. Dies verneint Herr Bolay. Für Massentexte gibt es dann eine passende Ergänzung.

StR Dettenhöfer findet das alte Logo genial und würde nur den Schriftzug ändern.

StR Hümmer findet, dass Rot das Markenzeichen von Franken ist und „Genuss“ war einmal. Herr Bolay entgegnet, dass Pegnitz durchaus noch mit „Genuss“ in Verbindung gebracht wird. StRin Wellhöfer ist auch der Ansicht, dass Pegnitz noch ein Genussort ist.

StR Kotzbauer fragt nach, weshalb man überhaupt etwas ändern muss. Nike, Puma und Adidas bleiben auch gleich. Herr Bolay erklärt, dass auch große Marken ihre Logos oft neu interpretieren.

StRin Looshorn ist der Ansicht, dass man bei Variante 3 eine andere Farbe für das Rathaus braucht. Herr Bolay rät von einem Farbtupfer ab, da die Farben jetzt gut zusammenpassen. StRin Schrembs möchte wissen, ob Herr Bolay grundsätzlich von Rot abrät. Für sie strahlt es Lebendigkeit aus. Dies tut Herr Bolay nicht. StRin Bauer mahnt an, dass man noch eine riesige Tagesordnung vor sich hat und sie froh wäre, wenn nun entschieden wird. StR Schorner stimmt StRin Schrembs zu.

StR Förster merkt an, dass wenn man die Farbe festlegt, dann auch eine Logoentscheidung trifft. Dies sieht Bürgermeister Nierhoff nicht zwingend so.

Herr Bolay fasst zusammen, dass sich Ubuutu als Schrift und Variante 3 mit Rot als Highlightfarbe herauskristallisiert. StR Hümmer entgegnet, dass Herr Bolay hier jetzt für das Gremium interpretiert und man immer noch eine Abstimmung mit Mehrheit braucht.

StR Lappat wird langsam ungehalten, da man das Thema im Ältestenrat hätte besprechen sollen und er will nun endlich wichtige Themen durchgehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 23

Anwesend:	**22**	**Abstimmung:**	**Ja**	**14**
			Nein	8

Bezüglich der Farbwahl wird die Kombination CMYK 57/0/97/0, CMYK 100/0/0/0, CMYK 100/40/0/30 und einem zusätzlichen Rotton favorisiert.

Beschluss Nr. 24

Anwesend:	**22**	**Abstimmung:**	**Ja**	**13**
			Nein	9

Bezüglich der Schriftart für ein Logo mit Claim wird die Schriftart Acumin Pro Light favorisiert.

Während der Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt verlässt StRin Wellhöfer den Sitzungssaal von 18:35 Uhr bis 18.37 Uhr, StR Lappat von 18.41 Uhr bis 18.46 Uhr.

Bebauungsplan „Nemschenreuth-Süd“; Aufstellungs-, Billigungs- und Auslegungsbeschluss für die Änderung mit Deckblatt Nr. 6

AbtL. Kohl trägt den Sachverhalt vor und Bürgermeister Nierhoff bittet im Anschluss um Wortmeldungen.

StR Schorner merkt an, dass es Gründe gab, den B-Plan aufzustellen und er fragt sich, wann dann der nächste Antrag kommt. AbtL. Kohl erklärt, dass dahinter Wald angrenzt. Die Ergänzung ist eine Abrundung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 25

Anwesend:	**21**	**Abstimmung:**	**Ja**	**21**
			Nein	0

Der Bebauungsplan „Nemschenreuth-Süd“ in der Fassung des Deckblattes Nr. 5 vom 15.12.2005 ist mit dem Deckblatt Nr. 6 in der Fassung vom 09.02.2023 zu ändern.
Das Deckblatt Nr. 6 mit Begründung in der Fassung vom 09.02.2023 wird gebilligt. Es ist gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die betroffenen Träger öffentlicher Belange sind an dem Verfahren zu beteiligen.

Während der Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt ist StR Lappat weiter außerhalb des Sitzungssaals und StR Lothes verlässt den Sitzungssaal von 18:42 Uhr bis 18:44 Uhr.

Bebauungsplan „Katzerstein“;
Satzungsbeschluss für die Änderung mit Deckblatt Nr. 7

AbtL. Kohl trägt den Sachverhalt vor und merkt an, dass vor allem Standardmitteilungen der Träger öffentlicher Belange eingegangen sind.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 26

Anwesend:	**20**	**Abstimmung:**	**Ja**	**20**
			Nein	0

Der Bebauungsplan „Katzerstein“ in der Fassung des Deckblatts Nr. 6 vom 08.04.2022 wird gemäß Deckblatt Nr. 7 mit Begründung in der Fassung vom 11.07.2022 geändert.
Das Deckblatt Nr.7 mit Begründung in der Fassung vom 11.07.2022 wird gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Mitgliedschaft im Bayerischen Gemeindetag;
Aufhebung Beschluss Nr. 52 vom 13.05.2019 und Abschluss Rechtsschutzversicherung

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und ergänzt, dass man bei Austritt die einzige Gemeinde wäre, die nicht mehr dabei wäre. Im Anschluss bittet er um Wortmeldungen.

StR Hümmer merkt an, dass ein Rechtsschutz schon lange diskutiert wird. Dies ist aber eine Ausgabenmehrung. Er bemühte sich damals gegen den Austritt und die Einsicht hat nun lange gedauert. Für ihn ist auch hinterfragungswürdig, weshalb der Beschluss so lange nicht umgesetzt wurde.

StR Lothes sieht es aus Sicht der Rechnungsprüfung. Die Versicherung spart Geld und dies ist in seinem Sinn.

StR Lappat möchte wissen, ob nur der Baustein KW abgeschlossen wird, was GLin Körber bestätigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 27

Anwesend:	**22**	**Abstimmung:**	**Ja**	**22**
			Nein	0

Beschluss Nr. 52 vom 13.05.2019 wird aufgehoben. Die Stadt Pegnitz kündigt ihre Mitgliedschaft beim Bayerischen Gemeindetag nicht. Weiter wird die Rechtschutzversicherung des Bayerischen Gemeindetages im Tarif KW mit 250 € Selbstbeteiligung zum Preis von 1,03 €/Einwohner abgeschlossen.

Während der Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt verlassen folgende Gremiumsmitglieder den Sitzungssaal:

- StRin Schrembs von 19:10 Uhr bis 19:16 Uhr
- StR Hümmer von 19:18 Uhr bis 19:22 Uhr
- StR Winkelmaier von 20:20 Uhr bis 20:24 Uhr
- StR Lappat von 20:23 Uhr bis 20:25 Uhr
- StR Dettenhöfer von 20:29 Uhr bis 20:30 Uhr

StR Kotzbauer verlässt die Sitzung während der Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt um 20:02 Uhr und StR Dippe um 20:30 Uhr.

Haushalt 2023;
Beratungen

Bürgermeister Nierhoff gibt die Beratungen frei mit dem Hinweis, dass der Großteil der Fraktionen Einsparmöglichkeiten genannt hat. Im Anschluss bittet er um Wortmeldungen.

<u>Defizitausgleich FP/WP</u>

StR Spieler merkt an, dass die Beschlusslage im Werkausschuss Freizeitpark/Windpark anders lautete, als jetzt dargestellt. Er sieht hier steuerrechtliche Probleme und wenn der Querverbund nicht zustande kommt, wird die Last an weitere Generationen weitergegeben. Dies ist moralisch nicht tragbar.

StR Hümmer erläutert, dass der Eigenbetrieb gegründet wurde, um einen steuerlichen Querverbund herzustellen und Körperschaftssteuern zu sparen. 12 Jahre ist hier nichts passiert. Weiter wurden Bausparer zweckentfremdet. Auch die Rückbausumme kann nicht vorhanden sein. AbtL. Beck erklärt, dass diese da ist. Weiter fehlt StR Hümmer der Beschluss für die Darlehensüberbrückung. Wenn Ausgaben nicht eintreten, so StR Hümmer weiter, dann dürfen sie nicht in den Haushalt. Er fragt nach, weshalb so hoher Verlust da ist bzw. weshalb dieser weniger wurde. AbtL. Beck erklärt, dass zuerst 2,6 Mio. angesetzt wurden mit verrechneten Gewinnen. Dann wurde beschlossen, es transparenter darzustellen, was zu 3,1 Mio. führte. Nach

weiteren Einsparungen reduzierte sich die Summe auf 2,9 Mio. Für StR Hümmer ist es eine Darstellungssache. Es wurden ohnehin schon 6 Mio. überführt. GLin Körber erklärt, dass seit 2020 kein Geld mehr zwischen dem Windpark und dem Freizeitpark geflossen ist.
StR Förster führt aus, dass man dieses Jahr etwas komplett anders macht. Die neue Verrechnungspraxis ist transparent und das gesamte Defizit sollte benannt werden. Er stellt sich aber die Frage, wozu man die Windräder hat. Sie sollen Erträge erwirtschaften und es wäre falsch, diese nicht dem Haushalt zuzuführen. Bürgermeister Nierhoff ergänzt, dass Herr Wust im April zum steuerlichen Querverbund vorbeikommt. Es gab verschiedene Faktoren, weshalb der Querverbund nicht umgesetzt wurde. Die aktuelle Praxis ist jedenfalls keine verdeckte Gewinnausschüttung und weiter sollte man alle Mittel ausschöpfen.

StR Spieler ist der Ansicht, dass wenn man die Gewinne für Sanierungen nimmt, dies in Ordnung ist. Es darf aber keine interne Verschiebung sein, sondern eine Gewinnverschiebung. StR Hümmer ergänzt, dass die bereits bezahlte Körperschaftssteuer weg ist. Er fragt weiter, weshalb man mit fingierten Darlehen arbeitet. Man fingiert überall und mit den aufgebauten Konstrukten blickt niemand mehrdurch. Für ihn ist eine offene und ehrliche Darstellung nötig.

StR Schorner ist der Meinung, dass man bis zum Querverbund die Praxis nicht mehr ändern sollte. Wenn dieser realisiert ist, werden die Karten neu gemischt. Für StR Lappat ist dies inkonsequent im Vergleich zum Abwasserwerk. StR Förster entgegnet, dass im Abwasserwerk Mittelfluss vorhanden ist.

StR Hümmer fordert sich einzugestehen, dass die Stadt pleite ist. Es hilft nur, die Ausgaben zu senken und die Einnahme zu erhöhen.

Zweite Bürgermeisterin Huber ist der Ansicht, dass in der Vergangenheit zu wenig gesprochen wurde. Die Windräder waren der richtige Invest und der Querverbund wäre sinnvoll gewesen, ebenso wie weitere Windräder. Für sie ist der Sachverhalt so weit geklärt und jetzt ist es sinnvoll, weiterzumachen, da nun alles geprüft wurde. StR Lappat widerspricht entschieden denn, wenn man die Windräder z.B. verkauft, dann muss die Forderung von 6,5 Mio. ausgeglichen werden.

StRin Wellhöfer wirft ein, dass man sich gerade in den Beratungen befindet und ruft dazu auf, einen konsensfähigen Haushalt gemeinsam aufzustellen. StR Vetterl entgegnet, dass er heute keine Beschlüsse fasst. Der Bürgermeister muss den Haushalt vorlegen. Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass er nur ein Stimmungsbild haben wollte und man solle den Begriff „Beschluss" nun aus dem Gehirnkasterl streichen. StR Winkelmaier hält dies für einen gangbaren Weg. StR Hümmer erklärt, dass er seine Hand nicht für eine Abfrage hebt. Das ist für ihn wie ein Beschluss. Bürgermeister Nierhoff weist darauf hin, dass man gemeinsam Einsparpotenzial erörtert hat. Zweite Bürgermeisterin Huber wirft ein, dass solche Diskussionen vielerorts hinter verschlossenen Türen stattfinden. Es sollte hier ein konsensfähiger Haushalt aufgezeigt werden. Auch für StRin Birnmeyer ist dies ein effizienter Weg zur konstruktiven Lösungsfindung. Die Stadt hat andere Sorgen, als dass man sich hier aufreibt. StR Lothes weist darauf hin, dass man einen genehmigungsfähigen Haushalt braucht. StR Lappat entgegnet, dass das Grundproblem ist, dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig ist. Hier soll nun die Entscheidung einer B2-Kraft auf Ehrenamtler verlagert werden. Bürgermeister Nierhoff dankt für den Hinweis auf seine Eingruppierung und ergänzt, dass man heute einen Weg bahnen will. Auch andere Gemeinde setzen sich zusammen und Pegnitz ist auch noch eine der wenigen Städte, die den Haushalt öffentlich diskutiert. Er fragt nochmals ab, ob es grundsätzliche einen Konsens zum Defizitausgleich im FP/WP gibt, was bejaht wird.

<u>Eisstadion</u>

StR Spieler möchte nun wissen, ob man die 120.000 € beim EVP wieder streicht. StR Hümmer merkt an, dass die Summe ja schon drinsteht und er nicht weiß, was noch diskutiert werden soll. GLin Körber erklärt, dass darüber gesprochen werden soll, ob die Summe drinbleibt. Zweite Bürgermeisterin Huber gibt zu bedenken, dass die Beschlusslage zu Einsparungen eindeutig ist. Bei einem Zuschuss würde man die freiwilligen Leistungen erhöhen. Gleichzeitig hat man die Bauhofmitarbeiter, denen die Decke auf den Kopf fällt. Sie plädiert dafür, beim Beschluss zu bleiben.

StR Winkelmaier weist darauf hin, dass man beschlossen hat, aus dem Betrieb auszusteigen. Damit spart man 200.000 € ein und kommt der Konsolidierung nach. StRin Bauer meint, dass der Beschluss war, kein Geld mehr hineinzustecken. Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass auch kein Geld mehr in das Eisstadion gesteckt wird. Die Betreibergesellschaft soll aber unterstützt werden, damit es weiter betrieben werden kann. StRin Lindner-Fiedler sieht kein Konzept und wenn jeder Verein mit sowas kommt, dann wird es schwierig. Bürgermeister Nierhoff verweist auf die Tagesordnung und dass heute kein Beschluss gefasst wird. StR Lappat merkt an, dass man den Ausstieg als Betreiber beschlossen hat. Die nun einzustellenden 120.000 € sind eine deutliche Verringerung. Nicht am Stadion ist kaputt. Es geht um 25.000 Kinder und wenn der Betreiber weiter alles zahlt, dann ist das in Ordnung und man gibt auch nicht dem EVP das Geld, sondern einer Betreibergesellschaft. Bürgermeister Nierhoff ergänzt, dass auch noch das Förderprogramm in Aussicht steht.

<u>Deckelung Vereinsförderung</u>

StR Förster merkt an, dass man bei möglichen Förderrichtlinien auch die Vereine bedenken muss, die die städtische Infrastruktur nicht nutzen.

StRin Birnmeyer hält es bei den Bahnmieten schon für eine Beschneidung. Sie möchte wissen, wie die VHS berechnet wird, da diese niedrige Preise haben. Man braucht hier ein differenziertes Bild. StR Förster ist der Meinung, dass man eine Benchmark braucht und StR Lappat ergänzt, dass die Intention war, nie an den Kindern zu sparen.

<u>Weitere Themen</u>

GLin Körber erklärt, dass das Ausschalten der Straßenbeleuchtung nur 8.500 €/ Jahr Ersparnis bringen würde. StR Lappat merkt an, dass man ggf. etwas später ein- bzw. ausschalten könnte. AbtL. Kohl erläutert, dass hier kein Sparpotenzial vorhanden ist.

Bürgermeister Nierhoff berichtete, dass man weiter bei der Blumenstraße und der Boulderwand sparen kann. StR Spieler möchte wissen, ob die Einsparungen in der Blumenstraße im Verwaltungs- oder im Vermögenshaushalt wäre. GLin Körber erklärt, dass es sich um Unterhalt handelt und damit der Verwaltungshaushalt entlastet wird. Bürgermeister Nierhoff ergänzt, dass eine Mieterhöhung in der Blumenstraße der falsche Weg wäre, da dies erst vor 15 Monaten vorgenommen wurde. StR Lappat fordert, Fördermittel des sozialen Wohnungsbaus abzugreifen.

AbtL. Kohl berichtet, dass man eine Liste der Pachtverträge der Konsolidierung beilegen wird. Hier muss nachberechnet werden. StR Lappat geht es nicht um die Pacht von Vereinen, sondern wenn einzelne Personen einen Nutzen daraus ziehen, dann muss angepasst werden.

Bürgermeister Nierhoff erläutert weiter, dass man beim Personal keine Einsparmöglichkeiten sieht. StR Lappat entgegnet, dass er in sechs Gemeinden angerufen hat und sich die Fallzahlen des BKPV angesehen hat. Niemand muss wegen der Gesetzesänderung aufstocken. GLin Körber erläutert am Beispiel Selb, dass durchaus eine Aufstockung notwendig ist. StR Hümmer fragt nach, weshalb der Plan 2021 niedriger war und woher die Steigerung kommt. AbtL. Beck erklärt, dass es hier um 50.000 € geht, die nicht eingeplant wurde und es sich dabei um die Stelle der Nachfolge von Frau Modler handelte.

Bürgermeister Nierhoff berichtet, dass die Möglichkeit besteht, den Gewerbesteuerhebesatz auf 400 zu heben. StR Schorner sieht dies als gute Möglichkeit, um Einnahmen zu generieren. Er würde aber gerne von einem Steuerberater wissen, wie sich die Last dann verteilt. StR Lappat wirft ein, dass sich der Hebesatz aus dem Gewinn errechnet. StR Winkelmaier meint, dass man bis 380 mit der Einkommensteuer verrechnen kann, ab 400 belastet man die Unternehmen. StR Lappat berichtet, dass diese Freigrenze auf 400 angehoben wurde.

StR Hümmer weist darauf hin, dass man trotzdem keinen Cent für eigene Investitionen hat. Man versucht Leitungsfähigkeit herzustellen, aber man muss sich vor Augen führen, dass keine Leistungsfähigkeit vorhanden ist. Einer der maßgeblichen Faktoren ist die Kreisumlage, die auf ca. 9 Mio. steigen wird und dies liegt schriftlich vor. Der Kreis hat die Leistungsfähigkeit nicht bedacht. Man müsste prüfen, ob generelle Finanzmechanismen aus den Fugen geraten. Die Zahlungsohnmacht wird nur beschönigt. Irgendwann muss man Gebühren erhöhen und ggf. Externe einschalten. Jugendpfleger, Integrationshelfer, mehr Personal im Bauhof, die HföD sind alles freiwillige Leistungen und dies muss mal rechtlich überprüft werden. StR Lappat gibt ihm grundsätzlich recht, aber dann bekommt man auch keine Stabilisierungshilfe mehr und er plädiert dafür, alles besser selbst im Griff zu behalten. StR Hümmer entgegnet, dass man den Haushalt so lassen und auf die Reaktion der Rechtsaufsicht warten sollte. AbtL. Beck weist darauf hin, dass z.B. Haushaltsreste in Höhe von 4,7 Mio. gestrichen wurden. StR Vetterl will am Mittwoch im 20:30 Uhr keine solche Grundsatzdiskussion mehr führen. StRin Bauer ist es leid, immer wieder das Gleiche zu diskutieren. Vieles ist nicht mehr zu ändern. Die Schwierigkeiten vor Ort beruhen auf demokratischen Entscheidungen. Es macht keinen Sinn, sich in Monologen zu verlieren.

StR Förster ist grundsätzlich beim Haus. Erstmal zeigt sich ein besorgniserregendes Bild das man aber heute nicht löst. Das Gremium sollte sich wegsperren und diskutieren, Willensbekundungen reichen nicht.

StR Hümmer weist noch auf die Insel am Feuerwehrhaus Trockau hin. Die Maßnahme hat er noch nie für notwendig gehalten. Für ihn führt teeren zu einer Verkehrsgefährdung im Einsatzfall. Er hat mit aller Vehemenz dagegen operiert. Auch die Verlegung des Oberflur- zu einem Unterflurhydranten hält er für bedenklich bzgl. der Löschwasserversorgung. Er erkennt den Mehrwert der Maßnahme nicht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt Bürgermeister Nierhoff die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bekanntgaben und Anfragen

Querverbund
Bürgermeister Nierhoff weist darauf hin, dass am 19.04. eine Veranstaltung für das Gremium zum steuerlichen Querverbund stattfindet.

Jugendräume
StRin Schrembs weist darauf hin, dass die katholische Pfarrei Räume anbieten könnte. Bürgermeister Nierhoff nimmt den Vorschlag gerne auf, meint aber auch, dass manche ein Hemmnis in der Nähe zur Kirche sehen.

Parksituation Pfarrhaus
StRin Schrembs fragt nach, ob man am Pfarrhaus Parkbuchten einzeichnen kann, um die Situation zu entschärfen. Bürgermeister Nierhoff wird dies abklären, glaubt aber, dass dem etwas entgegensteht.

Hirtenhaus Zips
StR Lappat fragt nach, ob das Hirtenhaus bis 30.06. fertig wird wegen der Förderung. AbtL. Kohl erklärt, dass der Verwendungsnachweis bis Ende 2023 verlängert wurde.

Franziskuskindergarten
StR Lappat möchte wissen, wann St. Franziskus endlich fertig wird. Bürgermeister Nierhoff berichtet, dass der 01.04. geplant ist. In der nächsten Woche findet die Abnahme statt. StR Vetterl fragt nach, wer die Außenfarbe ausgesucht hat und Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass dies durch das dortige Personal erfolgt ist.

Baracken am Bahnhof
StR Spieler fragt, ob der Bereich gepachtet wurde, da man dort Müll entfernt hat. AbtL. Kohl berichtet, dass man nach 3 Jahren endlich den richtigen Kontakt herstellen konnte und es einen symbolischen Pachtvertrag gibt. Das Gelände wird an den Bund Naturschutz weiterverpachtet. StR Spieler hält das, was dort jetzt stattfindet für nicht sinnvoll und AbtL. Kohl fährt fort, dass dies kein Dauerzustand sein wird.

Bürgermeister Nierhoff schließt um 20:50 Uhr die öffentliche Sitzung. Die StRe Hümmer, Wellhöfer, Spieler und Winkelmaier verlassen die Sitzung.

Pegnitz, 03.04.2023

Die Protokollführerin:

Körber
Geschäftsleitung

Der Vorsitzende:

Wolfgang Nierhoff
Erster Bürgermeister